

Politische Schlüssel- themen 2022



- 4 Über HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz**
- 5 Vorwort**
- 6 Mit Innovationen die Erholung im Tourismus vorantreiben**
- 8 «Lex Booking»: Jetzt eine schnelle und griffige Umsetzung**
- 10 Tempo erhöhen bei der Neugestaltung der EU-Beziehungen**
- 12 Grosses Potenzial bei energetischen Sanierungen nutzen**
- 14 Weitere wichtige Themen mit Branchenrelevanz**
- 17 Zahlen und Fakten**

Über HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz

HotellerieSuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Die von HotellerieSuisse klassierten Betriebe repräsentieren rund zwei Drittel der Schweizer Hotelbetten und generieren über drei Viertel aller Logiernächte. Seit 1882 steht HotellerieSuisse gemeinsam mit seinen heute über 3 000 Mitgliedern, davon über 2 000 Hotelbetriebe, für eine qualitätsbewusste und vorausschauende Schweizer Beherbergungswirtschaft.

Die Interessengemeinschaft Parahotellerie Schweiz ist die Partnerorganisation von HotellerieSuisse und besteht aus den fünf Parahotellerie-Unternehmen Schweizer Jugendherbergen, Reka, Interhome, TCS Camping und Bed & Breakfast. Sie generieren in der Schweiz jährlich 5 Millionen Übernachtungen ausserhalb der klassischen Hotellerie.

Vorwort

Ein weiteres krisengezeichnetes Jahr liegt hinter uns. Gespannt und hoffnungsvoll blicken wir aufs 2022. Dabei sind wir zuversichtlich, dass es im neuen Jahr für den Tourismus aufwärtsgehen wird. Gleichzeitig werden uns die Folgen der Pandemie weiterhin stark beschäftigen.

Innovationen müssen trotz geschwächter finanzieller Basis ermöglicht werden. Nur so kommen wir vorwärts. Insbesondere im digitalen Bereich müssen wir uns weiterentwickeln und im neuen Marktumfeld positionieren. Auch die Neugestaltung der Beziehungen zur EU sind für unsere Branche zentral. Wir erwarten, dass die Politik hier das Tempo erhöht und Lösungen präsentiert. Weiterhin beschäftigt uns der nachhaltige Umgang mit endlichen Ressourcen. Unserem Bekenntnis zu einem aktiven Klima- und Umweltschutz lassen wir auch Taten folgen. Wichtige Hebel dabei sind etwa energetische Sanierungen und die Bekämpfung von Food-Waste.

All unsere Bemühungen werden torpediert, solange uns qualifizierte Fachkräfte fehlen, bildet unser Personal doch das Fundament einer erfolgreichen Branche. Die Gestaltung attraktiver Arbeitsbedingungen und guter Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ist deshalb eines unserer wichtigsten Anliegen 2022 und zieht sich durch alle Themen hindurch.



Claude Meier
Direktor



Nicole Brändle Schlegel
Leiterin Arbeit, Bildung, Politik

Mit Innovationen die Erholung im Tourismus vorantreiben

Mit einem Recovery-Programm will der Bundesrat dem Tourismussektor helfen, sich dem neuen Marktumfeld anzupassen. Das Parlament hat hierzu Ende 2021 die Mittel zur Rückgewinnung der Märkte gebilligt. 2022 steht die Innovationsförderung im Fokus. Mit der geplanten Erhöhung der Bundesanteile bei Innotour-Projekten von 50 auf 70 Prozent wird der richtige Anreiz gesetzt, die Dynamik trotz schwieriger finanzieller Lage der Betriebe aufrechterhalten. HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz begrüßen die Pläne des Bundesrates und fordern eine schnelle gesetzliche Anpassung.

Begründung und Argumente

Die Corona-Pandemie hat in den Jahren 2020 und 2021 das Marktumfeld nachhaltig verändert und die finanzielle Substanz touristischer Betriebe massiv geschwächt. Durch die Krise haben sich bereits bestehende Trends wie die Digitalisierung und der Fachkräftemangel teilweise stark beschleunigt und verstärkt. Diese Veränderungen bedingen neue Geschäftsmodelle und Kompetenzen sowie Innovationen in Produkte und touristische Angebote. Der Bundesrat hat deshalb im Herbst 2021 ein Recovery-Programm für den Schweizer Tourismus verabschiedet. Damit soll die Erholung des Tourismus vorangetrieben werden. Das Programm ist insbesondere darauf ausgerichtet, die Nachfrage wiederzubeleben und die Innovationsfähigkeit zu erhalten. Mit erhöhten Bundesanteilen zugunsten der Projekte der Innovationsförderung im Tourismus wird dafür gesorgt, dass vor der Krise gesunde Unternehmen ihre Innovationen trotz finanziellen Einbussen vorantreiben können. Diese Massnahme stärkt mittel- und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Branche und wird sich positiv auf den Strukturwandel auswirken, der von den Akteuren teils massive Anpassungen am Markt verlangt.



Janine Bunte
CEO Schweizer
Jugendherbergen
und Präsidentin des
Vereins discover.swiss,
welcher die
Digitalisierung im
Tourismus fördert

«Das Jahr 2022 wird für den Tourismus im Zeichen der Erholung stehen. Die Weiterentwicklung von Geschäftsmodellen und Innovationen wird zwingend sein, damit unsere Branche die Qualität halten und erhöhen kann. Mit der gesetzlichen Anpassung bei Innotour wird dafür die dringend notwendige Fördergrundlage geschaffen.»

Janine Bunte

Agenda

Der Bundesrat wird Anfang 2022 eine Vernehmlassung eröffnen, da eine Anpassung des Innotour-Gesetzes nötig ist. Danach wird die Gesetzesänderung vom Parlament beraten. Es ist wichtig, dass das Geschäft im Sinne des Recovery-Programms für den Tourismus schnellstmöglich verabschiedet wird.

«Lex Booking»: Jetzt eine schnelle und griffige Umsetzung

[16.3902](#) Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben. Umsetzung der Motion Bischof

Die «Lex Booking» verlangt das Verbot jeglicher Paritätsklauseln zwischen Beherbergungsbetrieben und Online-Buchungsplattformen (OTA). Nachdem der Bundesrat und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) fast fünf Jahre eine Verzögerungstaktik gefahren haben, fordern wir nun eine rasche Behandlung in den Räten.

Begründung und Argumente

Paritätsklauseln regeln, inwiefern sich das Angebot von Hotels auf eigenen Vertriebskanälen von demjenigen auf den OTA unterscheiden darf. Die Parität verlangt dabei, dass auf den eigenen Kanälen kein besseres Angebot als auf der OTA gemacht werden darf. Damit wird die Wettbewerbsfreiheit der Hotels eingeschränkt, weil einige wenige grosse OTA den Markt beherrschen (insgesamt 94 Prozent Marktanteil in der Schweiz) und deshalb die Vertragsbedingungen diktieren können.

Die wichtigsten internationalen Mitbewerber haben gehandelt und Paritätsklauseln verboten. Daher ist die Schweizer Beherbergungsbranche mit einem weiteren internationalen Wettbewerbsnachteil konfrontiert. Nach bald fünf Jahren des Wartens braucht es eine rasche Behandlung im Parlament. HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz fordern ein Verbot sämtlicher Paritätsklauseln, welche Hotels und Beherbergungsbetriebe in ihrer unternehmerischen Freiheit einschränken. Neben den Preisbindungen sind dies auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln. Weiter muss jegliche indirekte Bestrafung zur Umgehung des Verbots der Paritätsklauseln seitens der OTA (zum Beispiel durch Bestrafung der Hotels und Beherbergungsbetriebe im Ranking auf der Buchungsplattform oder eigene Unterbietung der vom Unternehmen gesetzten Preise) untersagt werden. Die Gesetzesanpassungen müssen diesem Anliegen Rechnung tragen. Wir werden den weiteren politischen Prozess aktiv begleiten.

Agenda

Die Motion wurde im September 2017 vom Parlament mit grosser Mehrheit angenommen. Nachdem Bund und Behörden jahrelang die Umsetzung des Geschäfts verzögerten, wird das Parlament 2022 die Anpassungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb beraten. Ziel muss sein, dass die Paritätsklauseln ab spätestens Januar 2023 verboten sind.



Andreas Züllig
Präsident Hotellerie-
Suisse und Gastgeber
Hotel Schweizerhof,
Lenzerheide

«Die Hotelièren und Hoteliers müssen die alleinige Entscheidungs-freiheit über sämtliche Angebotsparameter haben. Nur so ist der freie Wettbewerb im digitalen Zeitalter sichergestellt.»

Andreas Züllig

Tempo erhöhen bei der Neugestaltung der EU-Beziehungen

[21.480](#) Bundesgesetz über die Weiterführung und Erleichterung der Beziehungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union. Parlamentarische Initiative

Nach dem Entscheid des Bundesrates, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU abzubrechen, ist eine Neugestaltung der Beziehungen zu Europa unumgänglich. Gelingt dies nicht – und zwar rasch –, wird der Wirtschaftsstandort Schweiz den wertvollen Zugang zum europäischen Binnenmarkt immer mehr verlieren. Dies wird direkt und indirekt negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, insbesondere im Bereich der Fachkräfte.

Begründung und Argumente

Als offene, international vernetzte Volkswirtschaft ist die Schweiz auf stabile vertragliche Beziehungen mit der EU angewiesen. Die bilateralen Verträge müssen mit den Entwicklungen am europäischen Binnenmarkt Schritt halten und sich weiterentwickeln. Tun sie dies nicht, verlieren die Verträge an Relevanz. Die Schweiz und mit ihr die Beherbergungsbranche werden damit empfindlich betroffen. Ein funktionierender Arbeitsmarkt und die Rekrutierung von dringend benötigten Fachkräften sind von einer Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen abhängig. Insbesondere die Personenfreizügigkeit ist für die personalintensive Beherbergung von grösster Wichtigkeit. So garantiert diese beispielsweise den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Selbst im Pandemiejahr 2020 waren mehr als 46 Prozent der Beschäftigten der Branche ausländische Staatsangehörige, mehr als zwei Drittel davon aus der EU. Ohne diese ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre der markante Fachkräftemangel in der Branche noch deutlicher spürbar.

Um den Austausch und die Weiterentwicklung im Bildungsbereich zu fördern, sind internationale Programme wie Erasmus+ für die Branche wichtig. Diese «Bildungs-Mobilität» trägt wesentlich zum guten Funktionieren des Arbeitsmarktes bei. Zudem werden im Bereich Energie die fehlenden Stromabkommen zu Versorgungslücken führen, welche die Betriebe unmittelbar und finanziell spürbar treffen. Auch im Bereich Schengen müssen der Tourismussektor und die Beherbergung an der Weiterentwicklung beteiligt sein, damit das barrierefreie Reisen in die Schweiz weiterhin gewährleistet bleibt.



Norbert Patt
CEO Titlis Bergbahnen

«Als Akteur der touristischen Wertschöpfungskette ist für uns eine solide und tragfähige Partnerschaft mit Europa existenziell. Die Schweiz braucht jetzt rasch Rechts-, Planungs- und Investitions-sicherheit. Dies ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Tourismusstandort Schweiz.»

Norbert Patt

Agenda

Mit dem von der Aussenpolitischen Kommission geforderten Bundesgesetz über die Weiterführung und Erleichterung der Beziehungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union soll sichergestellt werden, dass die Schweiz den Anschluss an Europa nicht verliert. HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz begrüßen, dass damit der europapolitische Diskurs im Parlament geführt und eine tragfähige Beziehung zu Europa erarbeitet wird. Die parlamentarische Initiative der Aussenpolitischen Kommission wird dem Nationalrat voraussichtlich in der Frühlingssession 2022 vorgelegt.

Grosses Potenzial bei energetischen Sanierungen nutzen

[19.3234](#) Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum. Umsetzung der Motion Stöckli

[21.055](#) Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist mit Blick auf den Klimawandel dringender denn je und nimmt auf der politischen Agenda der Schweiz einen immer wichtigeren Platz ein. Auch für HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz steht Nachhaltigkeit im Fokus. Die Verbände bekennen sich zum aktiven Klimaschutz und Umweltschutz sowie zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Ein Schwerpunktthema sind dabei energetische Sanierungen, da hier grosses Potenzial vorhanden ist, um den CO₂-Austoss massiv zu reduzieren.

Begründung und Argumente

Für die Beherbergungsbranche ist zentral, dass sie auf dem Weg zu netto null unterstützt wird, sieht sie sich doch mit hohen baulichen Anforderungen konfrontiert. Die Motion von Ständerat Hans Stöckli trifft hier mit ihrer Forderung nach einem Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum voll ins Schwarze: Zahlreiche Gebäude verschlechtern immer noch die Klimabilanz, während den Eigentümer:innen die Mittel für die notwendigen Investitionen fehlen. Mit energetischen Sanierungen werden positive externe Effekte ausgelöst und ein Beitrag zur inländischen Emissionssenkung geleistet. Die Herausforderungen für Individual- und Familienbetriebe im Bereich der energetischen Sanierungen bestehen allerdings nicht nur im alpinen Raum. Diesem Umstand muss das geplante Impulsprogramm Rechnung tragen. Mit der Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» steht 2022 ein weiteres wichtiges Klimageschäft zur Debatte. Indem sie alle fossilen Brenn- und Treibstoffe verbietet, trägt die Initiative den zukünftigen technologischen Entwicklungen nur ungenügend Rechnung. Die Verbände unterstützen zwar das Klimaziel netto null Emissionen bis zum Jahr 2050. Die Mittel zur Zielerreichung und die Frage, ob die verbleibenden Emissionen nur im Inland kompensiert werden können, gehören allerdings nicht in die Verfassung. Die Berg- und Randregionen sind nach wie vor auf fossile Brenn- und Treibstoffe angewiesen und nicht immer in der Lage, notwendige Alternativen anzuwenden. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates hingegen bietet eine glaubwürdige und pragmatische Lösung.



Thorsten Fink
General Manager,
Walliserhof
Grand-Hotel & Spa,
Saas-Fee

«Nebst seiner Relevanz für den Klimaschutz wird nachhaltiges Handeln ein immer wichtigeres Verkaufsargument. Gleichzeitig können mit der Minimierung des Energieverbrauchs Kosten im Betrieb gesenkt werden. Zielgerichtete Fördermassnahmen unterstützen uns dabei in unserer Eigeninitiative.»

Thorsten Fink

Agenda

Die Motion wurde im September 2017 vom Parlament mit grosser Mehrheit angenommen. Der Bundesrat hat die Umsetzung über drei Jahre hinausgezögert. Aktuell befindet sich der Umsetzungsvorschlag bis Februar 2021 in der Vernehmlassung. HotellerieSuisse fordert das Parlament auf, das Gesetz danach schnellstmöglich zu verabschieden.

Weitere wichtige Themen mit Branchenrelevanz

[20.4181](#) Die Attraktivität der Schweiz für MICE und Grossveranstaltungen stärken. Postulat

[21.3743](#) & [21.3540](#) Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken. Motion in beiden Räten

[21.3278](#) Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unterstützungsprogramm. Motion

[The Digital Services Act and Digital Markets Act der EU](#)

[18.3392](#) Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern. Umsetzung Motion

Tourismuspolitik zeitgerecht anpassen

Der Bundesrat passt 2022 die Ausrichtung der Tourismusstrategie an. Weiter sind im Parlament Vorstösse hängig, die Anpassungen bei der Tourismuspolitik einfordern. Die Tourismuslandschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Dies liegt unter anderem an den neuen Gästebedürfnissen. So sind Städtedestinationen immer attraktiver und die Regionen aufgrund der Tourismusströme vermehrt vernetzt. Gleichzeitig ist während der Corona-Pandemie klar geworden, wie wichtig die MICE-, Geschäfts- und Veranstaltungsindustrie für den Tourismus ist. Die Tourismusstrategie des Bundes muss diesem Umstand künftig mehr Rechnung tragen. Ebenso muss die Frage diskutiert werden, ob die vom Bund im Gesetz festgelegte Definition für Fremdenverkehrsgebiete noch zeitgemäss und die Förderperimeter aktuell sind. Weiter bedingen die Megatrends Nachhaltigkeit und Digitalisierung verstärkte Investitionen in den Wissenstransfer und Know-how-Aufbau.

Faire Rahmenbedingungen auf digitalen Märkten

Die EU passt die Rahmenbedingungen für digitale Märkte an, um den fairen Wettbewerb sicherzustellen. Mit der «Plattform-to-Business»-Verordnung (P2B) wurden erste Pflöcke eingeschlagen, um die Transparenz für Unternehmen und Konsument:innen zu erhöhen. 2022 kommen weitere Verordnungen dazu: Der Digital Services Act und der Digital Markets Act, welche indirekt oder direkt die Beziehungen zwischen Hotel-/Beherbergungsbetrieben und Online-Buchungsplattformen (OTA) beeinflussen werden. Die Schweiz wird die Entwicklungen genau verfolgen und bei Bedarf gesetzliche Anpassungen einleiten müssen, damit OTA die zukünftigen Standards wie Beschwerdemanagementsysteme oder neue Wettbewerbsregeln für sogenannte Gatekeeper ebenfalls in der Schweiz umsetzen müssen und für die Schweizer Beherbergung kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

Höhere Fachschulen besser positionieren

Die im schweizerischen Bildungssystem bewährten höheren Fachschulen (HF) müssen gefördert und gestärkt werden. Sie bieten praxisnahe Ausbildungen mit grosser fachlicher Bandbreite an, die ihre Studierenden auf anspruchsvolle Fach- und Führungsaufgaben im Betrieb vorbereiten. Die Schulen und ihre Abschlüsse müssen im In- und Ausland klar mit eidgenössisch verbürgter Qualität in Verbindung gebracht werden. Die zentrale Rolle der Arbeitswelt in der Entwicklung der Rahmenlehrpläne stellt sicher, dass das

Gelernte den Bedürfnissen des Marktes entspricht. Eine Umsetzung der Motion 18.3392 muss die mangelnde Anschlussfähigkeit national und international adressieren und die Bekanntheit von HF-Lehrgängen erhöhen. Über die Initiative «[Berufsbildung 2030](#)» beteiligt sich HotellerieSuisse ausserdem aktiv an den entstehenden Projekten zur besseren Positionierung der höheren Fachschulen.

Zweitwohnungsgesetz muss mehr Flexibilität für die Hotellerie bieten

Der Bundesrat schlägt fünf Jahre nach Inkrafttreten des Zweitwohnungsgesetzes nur einige administrative Änderungen vor. Das Gesetz weist jedoch erhebliche Mängel auf, die nur durch Gesetzesänderungen behoben werden können. Insbesondere die Verpflichtung, nur 50 Prozent der Nutzfläche von Hotels umzubauen, ist nicht praktikabel. Die technischen Definitionen sind für die Branche ungeeignet oder nicht mit der «Lex Koller» abgestimmt. Schliesslich trägt das Gesetz den Entwicklungen neuer Geschäftsmodelle in der Beherbergungsbranche keine Rechnung. Heute ist es für Hotelier:innen und Hoteliers entscheidend, eine Vielzahl von Beherbergungsdienstleistungen anzubieten. Auf diese Weise können sie Risiken minimieren und den Betrieb flexibel der Nachfrage anpassen. Die «bauliche und funktionale Einheit» zwischen Hotels und neu entstehenden Wohnungen stellt dabei ein Hindernis dar. Das Zweitwohnungsgesetz muss vereinfacht und mehr Flexibilität erlauben. Wir fordern deshalb eine gesamtheitliche Neubeurteilung des Gesetzes.

Kantone benötigen mehr Handlungsspielraum bei der Raumplanung

Die Volksinitiative «Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative)» will den andauernden Kulturlandverlust bremsen. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Er teilt aber das Kernanliegen der Volksinitiative, wonach der Grundsatz der Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet gestärkt werden muss. HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz unterstützen den von der UREK-S eingereichten Gesetzesentwurf als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative im Rahmen der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (2. Etappe). Der von der Ständeratskommission erarbeitete Gegenvorschlag ist klarer als der Vorschlag des Bundesrates. Wir begrüssen, dass die Kantone mehr Handlungsspielraum erhalten sollen. Gewisse Punkte, wie der Umfang der kantonalen Ausnahmen oder die Finanzierung von Abrissprämien, müssen jedoch noch vertiefter behandelt werden.

[21.459](#) Vollständige Umnutzung von altrechtlichen Hotels zulassen. Parlamentarische Initiative

[21.065](#) Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative). Volksinitiative und Gegenvorschlag

Food-Waste bekämpfen und Kosten sparen

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz setzen sich für die Förderung regionaler Produkte und weniger Lebensmittelabfälle ein. Als Gründungsmitglied von United Against Waste sensibilisieren wir unsere Mitglieder und beraten sie im Kampf gegen Food-Waste. Erfahrungen zeigen, dass durch die richtige Verwaltung von Lebensmittelvorräten die Kosten um fast 40 Prozent gesenkt werden können. Deshalb engagieren wir uns für eine Branchenvereinbarung der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette. Die Vereinbarung verfolgt das Ziel, die Abfälle bis ins Jahr 2030 um die Hälfte zu reduzieren. Sobald sich Hotellerie und Gastronomie bindend verpflichten, muss die Politik diesen Bemühungen ihren Lauf lassen. Durch ein ständiges Eingreifen in die laufenden Prozesse und das Anordnen neuer Auflagen schadet die Politik der Glaubwürdigkeit der getroffenen Vereinbarungen und sabotiert die unternommenen Anstrengungen der Betriebe.

Trumpf liberaler Arbeitsmarkt

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort Schweiz braucht einen liberalen, flexiblen Arbeitsmarkt. Dies gilt besonders für die personalintensive und saisonalen Schwankungen unterworfenen Beherbergung. Die Branche erholt sich nur zögerlich von den Folgen der Corona-Pandemie. Der sich europaweit manifestierende Fachkräftemangel macht sich in den Betrieben immer stärker bemerkbar. Es muss dabei den Betrieben und der Branche überlassen werden, die Arbeitsbedingungen attraktiv und wettbewerbsfähig zu gestalten. Gesetzliche Überregulierungen, der Ausbau von teuren, durch Lohnprozente finanzierte Ansprüche und Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse sind unbedingt zu vermeiden. Sie schwächen den zaghaften Aufschwung.

[19.050](#)

Stabilisierung der AHV
(AHV 21)

[21.3462](#)

Auftrag für die
nächste AHV-
Reform. Motion

Reform der Altersvorsorge angehen!

In der Altersvorsorge sind dringliche Reformen seit Jahren blockiert. Das heutige Vorsorgesystem gerät zunehmend aus dem Gleichgewicht. Sanierungsmassnahmen werden teurer und einschneidender, je länger man damit zuwartet. Eine nachhaltige Stabilität des Vorsorgesystems muss rasch angegangen werden – mit einer Mischung aus strukturellen und finanziellen Massnahmen. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse der KMU zu berücksichtigen. Die Verbände stehen dabei auch hinter Rentenaltererhöhungen, denn einseitige Abgaben- und Steuererhöhungen lösen das Problem nicht. Die Belastungen müssen jedoch generationengerecht verteilt werden, bspw. durch finanzielle Ausgleichsmassnahmen.



Zahlen und Fakten

Der Tourismus zählte bis zur Corona-Pandemie weltweit zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftssektoren und gehört auch in der Schweiz zu den wichtigsten Exportbranchen. Er ist eng mit anderen Wirtschaftszweigen verbunden und bildet für diese teilweise die Existenzgrundlage. Allein die Beherbergungsbranche, welche ein unabdingbares Element des touristischen Wertschöpfungs-systems ist, erwirtschaftet eine jährliche direkte Bruttowertschöpfung von 5,9 Milliarden und ist mit über 63 000 Vollzeit-äquivalenten ein wichtiger Arbeitgeber in der Schweiz. Die Branche wurde jedoch von der Corona-Pandemie mit voller Wucht getroffen und befindet sich infolgedessen in einer schlechteren wirtschaftlichen Lage als während der Weltwirtschaftskrise. Im Tourismus-jahr 2020 ist die Zahl der Logiernächte um 15,8 Mio. zurückgegan-gen, und im Jahr 2021 werden im Vergleich zu 2019 noch 9,9 Millionen Logiernächte fehlen. Die Anzahl der Vollzeitäquivalente ist in der Beherbergungsbranche um über 7100 und 11 Prozent zurückgegangen. Die oben erwähnten Nachfrageeinbrüche werden in der Beherber-gungsbranche in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt zu Umsatz-verlusten in der Höhe von ca. 5,6 Milliarden Franken führen. Dies sind Verluste, welche Spuren in den Bilanzen der Betriebe hinterlassen und deren Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern.

	2019	2020	Prognosen 2021*
Bruttowertschöpfung Tourismus	20,2 Mrd. CHF	14,8 Mrd. CHF	
Bruttowertschöpfung Beherbergung (Hotellerie und Parahotellerie)	5,9 Mrd. CHF	4,8 Mrd. CHF	
Tourismusanteil an der gesamten Bruttowertschöpfung	2,9 %	2,2 %	
Beschäftigung Tourismus (Vollzeitäquivalente)	173702	162766	
Beschäftigung Beherbergung (Vollzeit-äquivalente, Hotellerie und Parahotellerie)	63003	58844	55906
Logiernächte Hotellerie	39,6 Mio.	23,7 Mio.	29,7 Mio
Gesamtumsatz Hotellerie*	8,3–8,8 Mrd. CHF	4,9–5,2 Mrd. CHF	6,6–6,7 Mrd. CHF
Beherbergungsumsatz Hotellerie	4,7 Mrd. CHF	2,8 Mrd. CHF	3,5 Mrd. CHF
Bruttowertschöpfung Beherbergung in der Hotellerie	2,5 Mrd. CHF	1,4 Mrd. CHF	1,9 Mrd. CHF

*Schätzung HotellerieSuisse

Quellen: Satellitenkonto Tourismus 2021 (BFS), Beschäftigungsstatistik 2019–2021 (BFS), Beherbergungsstatistik (BFS), Hotel-Benchmarkportal, HotellerieSuisse.

Impressum

November 2021

Herausgeber
HotellerieSuisse, Bern

Fotos
Portraits zvz.

HotellerieSuisse
Monbijoustrasse 130
Postfach
CH-3001 Bern
politik@hotelleriesuisse.ch
www.hotelleriesuisse.ch

